TOP 3.4.8 Wiener Rechnungsabschluss (RE) 2015

Die Jahresrechnung entwickelte sich im Vergleich zum Voranschlag wie folgt:

	VA 2015 EUR	RA 2015 EUR
Einnahmen	12.523.831.000	13.080.480.895
Ausgaben	12.744.784.000	13.080.480.895
Schulden	220.953.000	528.200.000

Die wichtigsten **Einnahmenarten** und deren Anteile an den Gesamteinnahmen zeigt die folgende Übersicht:

	VA 2015	RE 2015
Ertragsanteile ad gemeinschaftl. Bundesabgaben	46,6%	44,8%
Eigene Steuern	10,5%	10,1%
Fremdmittelaufnahmen	5,9%	8,6%

Die wichtigsten **Ausgabenarten** und deren Anteile an den Gesamtausgaben zeigt die nachstehende Übersicht:

	VA 2015	RE 2015
Laufende Transferzahlungen	34,5%	35,2%
Investitionen, Darlehen zur Investitionsförderung	13,5%	13,1%
Leistungen f. aktives Personal (Magistrat)	12,6%	11,8%
Ge- und Verbrauchsgüter, Verwaltungs- u. Betriebsaufw.	12,5%	11,4%

Anmerkung: Die Mehrkosten infolge der Flüchtlingskrise wurden seitens der Kommission als sog. Einmalmaßnahme anerkannt, d.h. diese Kosten (206, 2 Mio. EUR Mehrkosten für Wien) werden somit nicht auf das Maastrichterergebnis angerechnet. Die Kosten für sogen. Transitflüchtlinge sind ausschließlich vom Bund zu tragen. Insgesamt beläuft sich die Forderung gegenüber dem Bund aus diesem Titel auf rd. 21,8 Mio. EUR und sind im bereinigten Maastrichterergebnis Wiens 2015 enthalten. Bei einem Vergleich des Rechnungsabschlusses 2015 mit dem Voranschlag 2015 sind nachstehende größere Abweichungen festzustellen:

Mehreinnahmen (Auswahl): Bei den Eigenen Steuern nominell um 4,8 Mio. EUR. Diese Mehreinnahmen verteilten sich im Wesentlichen auf folgende Steuern:

	in Mio. EUR
Kommunalsteuer (758.118.447,28 Mio. EUR)	8,1
Fremdenverkehrsabgaben (21.899.049,35 Mio. EUR)	3,4
Grundsteuer v. d. Grundstücken (113.066.118,73 Mio.)	1,6

Bei den Ertragsanteilen an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben mit 35,5 Mio. EUR, bei den Gebühren mit 8,7 Mio. EUR. Im Einzelnen entfielen auf:

	VA 2015	RE 2015
Wassergebühren	190,0	203,5
Müllabfuhrabgabe	266,3	261,4

Bei den Einnahmen aus der Verzinsung von Einlagen und Guthaben mit 25,7 Mio. EUR sowie bei den Abgaben- und Verwaltungsstrafen mit 6,4 Mio. EUR.

Mehreinnahmen wurden auch erzielt durch die Fremdmittelaufnahme in der Höhe von 385,2 Mio. EUR und bei den Entnahmen aus den Rücklagen mit 49,4 Mio. EUR. Die Aufnahme von Fremdmitteln erhöht den administrativen Abgang des Rechnungsabschlusses 2015 und belaufen sich somit auf 6,06 Mrd. EUR.

Mindereinnahmen (Auswahl): Bei den Beiträgen des Bundes für den LehrerInnenpersonalaufwand mit 15,3 Mio. EUR, bei dem Beitrag des Bundes für den U-Bahnbau mit 5,9 Mio. EUR, bei dem Bundeszuschuss zum Ausbau des Kinderbetreuungsangebotes mit 9,6 Mio. EUR sowie beim Bundeszuschuss für die Errichtung der Stadtstraße (A 23 Anschlussstelle Hirschstetten bis Am Haidjöchel) mit 1,3 Mio. EUR.

Mehrausgaben (Auswahl): Bei den Pensionen und sonstigen Ruhebezügen der Wiener Stadtwerke mit 3,8 Mio. EUR, bei den Energiebezügen mit 12,0 Mio. EUR, bei der Instandhaltung mit 114,1 Mio. EUR, bei den laufenden Transferzahlungen der Gruppe Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft mit 61,3 Mio. EUR, der Dotation Fonds Soziales Wien mit 43,0 Mio. EUR, bei der Tilgung der Fremdmittelaufnahmen mit 27,6 Mio. EUR, bei den Investitionen (z.B. Wasser- und Kanalisationsbauten) mit 92,5 Mio. EUR und bei den Zuführungen an Rücklagen mit 307,9 Mio. EUR.

Die Aufwendungen für den Schuldendienst, die im Voranschlag 2015 mit 832,7 Mio. EUR vorgesehen waren, mussten mit 861,6 Mio. EUR bedient werden, das sind anteilmäßig 6,6% an den Gesamtausgaben. Auf die Tilgung entfielen 791,7 Mio. EUR und auf die Verzinsung 69,9 Mio. EUR.

Minderausgaben (Auswahl): Bei den Leistungen für das aktive Personal des Magistrats mit 55,2 Mio. EUR, bei den LandeslehrerInnen mit 6,2 Mio. EUR und den Wiener Stadtwerken mit 14,1 Mio. EUR, bei den Ausgaben für Miete und Pacht mit 6,3 Mio. EUR sowie bei den Darlehen zur Investitionsförderung mit 43,7 Mio. EUR.

Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung:

Die im Voranschlag 2015 präliminierten Mittel in der Höhe von 2.387,1 Mio. EUR wurden um 57,2 Mio. EUR überschritten. Grund hierfür war der Anstieg der Fallzahlen in der Bedarfsorientierten Mindestsicherung (BMS). In der nachstehenden Tabelle werden die Ausgaben für soziale Belange dargestellt:

	VA 2015	RE 2015
Fonds Soziales Wien	950.663.000	991.836.073
Allgemeine Sozialhilfe	546.487.000	626.404.539
Familienfördernde Maßnahmen	9.516.000	11.344.706
Summe	1.506.666.000	1.629.585.319

Der Anstieg beim FSW waren bedingt durch a) die Tarifvalorisierungen der leistungserbringenden Organisationen sowie b) die Mehrkosten in der Grundversorgung. Die Mehrausgaben bei der allgemeinen Sozialhilfe entstanden im Rahmen der BMS.

	VA 2015	RE 2015
Sonstige laufende Transferzahlungen an private Haushalte	468.999.000	543.740.722
davon Hilfe zur Sicherung des Lebensunterhalts	457.318.000	531.709.722

Im Rahmen der Förderung des Wohnbaues und der Wohnhaussanierung wurden 558,0 Mio. EUR (VA 2015: 640,8 Mio. EUR) verausgabt, die entsprechenden Ansätze zeigen nachstehendes Bild

Bereich Bildung, Kultur, Konsumenten, Wien – Aschauer-Nagl

	VA 2015	RE 2015
a) Förderung des Wohnbaues	61,89	67,030
davon		
Wohnbeihilfe an private Haushalte	46,00	48,820
b) Wohnbauförderung Neubau	341,196	280,891
davon		
Wohnbeihilfe an private Haushalte	20,00	19,862
c) Förderung Wohnhaussanierung	236,111	208,640
davon		
Wohnbeihilfe an private Haushalte	4,00	3,138

Insgesamt haben 45.382 Personen im Jahr 2015 Wohnbeihilfe im Gesamtausmaß von 71,58 Mio. EUR erhalten.

Im Bereich des Wohnbaues wurden somit fast 90 Mio. EUR nicht zur Schaffung/Adaptierung von Wohnraum ausgegeben, davon 60,305 Mio. EUR im Bereich des Wohnungsneubaues, was hier besonders gravierend ist, da ja Wien eine stark wachsende Stadt ist. Ein Grund dafür, dass die Förderung immer weniger in Anspruch genommen wird, u.a. liegt daran, dass Zinsen auf dem Kapitalmarkt für einen Kredit sehr niedrig sind – und der Wohnbauträger damit lästige Auflagen los ist, die an Wohnbauförderungsgelder gebunden sind. Dies führt jedoch auch dazu, dass die öffentliche Hand auch wichtige Steuerungselemente verliert: So hat die Stadt das Recht, zumindest ein Drittel der mit den öffentlichen Förderungen gebauten Wohnungen selbst zu vergeben. Durch die Verschiebung hin zu mehr freifinanziertem Wohnbau werden auch die Qualitätskriterien dieser Wohnungen sinken; diese sind im geförderten Wohnbau erheblich höher. Was passiert nun mit den mehr als 60 Mio. EUR nicht verbauten Wohnungsgeldern? In einem Interview mit der Presse vom 15.7.2015 führte der zuständige Stadtrat Ludwig aus: „Mit den nicht ausgeschöpften Geldern leisten wir einen Beitrag zum Budget.“

Finanzschulden: Diese beliefen sich per 31.12. 2015 auf insgesamt 5.421,6 Mrd. EUR (2014: 4.893,4 Mrd. EUR). Dies bedeutet einen Anstieg um 528 Mio. EUR oder rund 10,8% zum Vorjahr. Die Nettoneuverschuldung betrug zum 31.12.2015 528,2 Mio. EUR (2014: 258,2 Mio. EUR). Dies bedeutet einen Anstieg um 270,03 Mio. EUR oder um rund 104,6% zum Vorjahr und war mit 181,9 Mio. EUR der Stärkung des Schweizer Franken gegenüber dem Euro geschuldet (Anteil der Fremdwährungsschuld beträgt rd. 33,9 % der Gesamtschulden).

Finanzschulden der Unternehmungen nach § 71 WStV sind der nachstehenden Tabelle (in Mio. EUR) zu entnehmen:

	2014	2015
Finanzschulden		
Stadt Wien – Wiener Wohnen	2.732,39	2.673,86
KAV (Krankenanstaltenverbund)	368,19	363,64
Wien Kanal	70,23	56,15
<hr/>		
Finanzschulden Gesamt	3.170,81	3.093,64

Berücksichtigt sind in der obigen Tabelle nur die Finanzschulden gegenüber Dritten (Kreditinstitute, Finanzdienstleister, Bundesdarlehen udg.) nicht aber gegenüber der Stadt Wien bzw. dem Land Wien (z.B. Landesdarlehen).

Erstmals mit dem RE 2015 wurde ein **Subventionsbericht** vorgelegt. Er enthält jede im Jahr 2015 von einem Wiener Gemeinderatsausschuss, dem Wiener Gemeinderat, der Wiener Landesregierung oder dem Wiener Landtag beschlossene freiwillige finanzielle Unterstützung unabhängig von der jeweiligen Bezeichnung – etwa als Subvention, Förderung, EU-Kofinanzierung, Zuschuss oder Beitrag. Darüber

Bereich Bildung, Kultur, Konsumenten, Wien – Aschauer-Nagl

hinaus zeigt die Aufstellung jeweils den Subventionszweck, die Beschlusssumme, die Laufzeit sowie die jeweilige Beschlusszahl im entsprechenden politischen Beschlussorgan.

Neben einem Subventionsbericht wurde mit dem RE 2015 auch ein eigener **Beteiligungsspiegel** von der Stadt vorgelegt. In diesem sind die direkten Beteiligungen der Stadt Wien – aufgegliedert nach Kapitalgesellschaften (VHS, GESIBA, Schauspielhaus Wien GesmbH, Wiener Festwochen GesmbH, Wiener Stadtwerke Holding AG etc.), Genossenschaften (Elektrizitätsgenossenschaft Wildalpen, Rübenaubauernbund für NÖ und Wien etc.) und Personengesellschaften (ebs wien tierservice GesmbH). Die Vorlage der beiden Berichte war eine langjährige Forderung der Arbeiterkammer Wien; dieser wurde nun im RE 2015 seitens der Stadt entsprochen. Trotzdem bleibt zu kritisieren, dass der vorliegende Subventionsbericht nur einen Teil der Subventionen abbildet: Ausgespart wurden alle Förderungen etc., auf die es einen gesetzlichen Anspruch gibt (wie die Mindestsicherung) – oder für die Richtlinien gelten. Auch bleibt zu kritisieren, dass oftmals lediglich sogenannte Rahmenverträge angeführt werden, ohne dass man erfährt, wer die Subventionsbegünstigten sind (z.B. diverse Rahmenverträge in der Höhe von 16,276 Mio. EUR, die die MA 13 – Bildung und außerschulische Jugendbetreuung vergeben hatte).

Schwerwiegender ist jedoch die Nicht-Berücksichtigung jener finanziellen Mittel, die seitens der Stadt den ausgelagerten Unternehmungen zur Verfügung gestellt wurden. Um sich über die tatsächliche finanzielle Situation des Landes Wien eine Meinung bilden zu können, ist es unumgänglich auch diese Wiener Unternehmungen in den Bericht einzubeziehen; insbesondere geht es hier um Transparenz bei den Finanzschulden der ausgelagerten Unternehmungen, die diese gegenüber der Stadt Wien bzw. dem Land Wien (Landesdarlehen) haben.

Fazit: Trotz der Verbesserungen beim RE 2015 ist das Wiener Budget von fehlender Transparenz und einheitlichen Rechnungslegung gekennzeichnet. Beides ist jedoch Voraussetzung dafür, dass die ab 2017 geltenden EU-Fiskalregeln auch eingehalten werden können. Ein Stolperstein in diesem Zusammenhang ist der Umgang der Länder mit den ausgelagerten Gesellschaften. Diese müssten in die Budgetsteuerung integriert, also „rekommunalisiert“ werden, damit die Kontrollmechanismen auch in diesem Bereich greifen können.